

# SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
<b>Hauptausschuss</b>		
Sitzungsort <b>Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14</b>		
Datum <b>28.02.2008</b>	Beginn <b>13:00 Uhr</b>	Ende <b>17:50 Uhr</b>

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

## **Mitglieder**

Flüshöh, Oliver

Hannuschka, Lutz

Kampschulte, Matthias

Rant, Siegmар

Vertreter für Herrn Hens

Rüttershoff, Heinz-Joachim

Steuernagel, Rolf

ab TOP 6 Vertreter für Frau Sartor

Zeilert, Hans-Jürgen

Hortolani, Frauke Dr.

Philipp, Gerd

Schier, Peter

Stobbe, Jochen

Gießwein, Brigitta

Gießwein, Marcel

Siepmann, Ernst Walter

Stark, Wolfgang

Vertreter für Herrn Schwunk

## **Ratsmitglied als Vertreter**

Sieker, Dieter

Vertreter für Herrn Kranz

## **Vorsitzender**

Steinrücke, Jürgen Dr.

## **stellv. Vorsitzende**

Sartor, Christiane

bis TOP 6

## **stellv. Vorsitzender**

Dresen, Günther

## **Sitzungsteilnehmer/innen von der TBS AÖR**

Flocke, Markus

## **Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung**

Esser, Meinhard

Fischer, Rudolf

Guthier, Wilfried

Kaltenbach, Rosemarie

Kuss, Jürgen

Neuburg, Hanspeter

Voß, Jürgen

**Schriftführer/in**  
Heringhaus, Petra  
Mollenkott, Marion

zu TOP 11 und 12

Abwesend:

Zu Beginn der Sitzung stellt der Bürgermeister fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

Herr Dr. Steinrücke teilt mit, dass folgende Tischvorlagen ausliegen und sich die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte entsprechend ändere:

**Vorlage 040/2008 - Antrag der SWG – Fraktion zum Haushalt**  
neuer TOP 10

**Ergänzungsvorlage 033/2008/1 zum Haushalt 2.Änderungsliste**  
neuer TOP 12

Außerdem wurden für die Sitzung verteilt:

Zum TOP A 3 – Mitteilung des Bürgermeisters zum Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Hagen

Zum TOP A 6 – Anfrage der FDP Fraktion “Untersuchung Bäder”

Zum TOP B 3.1 – Aufstellung der TBS AöR

Der geänderten Tagesordnung wurde zugestimmt.

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- 1 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 08.11.07 und 31.01.08
- 2 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung
- 3 Mitteilungen
- 4 Bildung von kommunalpolitischen Kommissionen und Arbeitskreisen 021/2008
- 5 Gesundheitsmanagement bei der Stadt Schwelm - Durchführung von Maßnahmen 020/2008
- 6 Untersuchung der Bäder in der Stadt Schwelm 010/2008

Unterbrechung der Sitzung von 15:25 bis 15:40

- |    |   |            |
|----|---|------------|
| 7  | Durchführung von investiven Maßnahmen und Instandhaltungen an und in städtischen Gebäuden   | 031/2008   |
| 8  | Antrag der SWG-Fraktion "Erstellen von Kostenstellen im Rahmen der Produktpläne"  | 129/2007   |
| 9  | Mündlicher Finanzbericht  |            |
| 10 | Antrag der SWG - Fraktion zum Haushalt 2008 vom 26.02.2008  | 040/2008   |
|    | Unterbrechung der Sitzung von 16:10 bis 16:15   |            |
| 11 | Beratung der Entwürfe der Haushaltssatzung 2008 sowie des Haushaltsplanes einschließlich 1. Änderungsliste  | 033/2008   |
| 12 | Beratung der Entwürfe der Haushaltssatzung sowie des Haushaltsplanes 2008 einschließlich Änderungslisten  | 033/2008/1 |
| 13 | Antrag der B'90/Die Grünen Schwelm zur Erstellung eines Spielflächenbedarfsplanes   | 032/2008   |
| 14 | Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schwelm  | 008/2008   |
| 15 | Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 "Westfalendamm"  | 018/2008   |
| 16 | Bebauungsplan Nr 79 "Zamenhofweg"<br>- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB)<br>- Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB<br>- Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs.1 BauGB | 019/2008   |

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- 1 Genehmigung der Niederschriften der Sitzungen vom 08.11.07 und 31.01.08

Die Niederschrift der Sitzung vom 31.01.08 zum TOP 13 Vorlage 014/2008 wird wie folgt ergänzt:

" Zu den einzelnen Eckpunkten führt Herr Voß ergänzend aus:

1. Die Zusammenführung von Technik und Verwaltung im Bereich des GM war in der Vergangenheit in Politik und Verwaltung unbestrittenes Ziel. Er sehe keine Gründe für eine Empfehlung, von dieser Linie abzuweichen.
2. Das "Mieter-/Vermietermodell" folge den Ideen des neuen Finanzsystems über Ressourcenverbrauch und dessen Anbindung an die jeweiligen Produkte.
3. Dieser Punkt sei dem Grunde nach zwar selbstverständlich, seine Erwähnung diene aber der Klarstellung, auch gegenüber den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.
4. Die unmittelbare Anbindung an ein Mitglied des Verwaltungsvorstands vermeide zusätzliche Hierarchieebenen."

Die Niederschrift vom 08.11.2007 wird genehmigt, die vom 31.01.2008 wird in der ergänzten Fassung genehmigt.

- 2 Fragen der Einwohner/innen an Hauptausschuss und Verwaltung

keine

- 3 Mitteilungen

- a) Ermittlungsverfahren Staatsanwaltschaft

Herr Dr. Steinrücke berichtet über die Einstellung des Ermittlungsverfahrens sowie des Disziplinarverfahrens gegen ihn. Der Wortlaut der Mitteilung wurde zu Beginn der Sitzung verteilt.

- b) GMO Untersuchung

Herr Dr. Steinrücke berichtet über die Präsentation der Untersuchung der Firma GMO zum Kooperationsfeld Personaldienstleistungen. Die Bürgermeister der Südkreisstädte und die Kreisdirektorin haben sich für die Umsetzung des Vorschlags, ein Dienstleistungszentrum für Personal einzurichten, ausgesprochen. Entsprechende Haushaltsmittel für die Planung wurden in der 2. Änderungsliste veranschlagt.

c) Qualitätsstand für OGGS

Herr Voß schlägt zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90 / Die Grünen zur Erstellung von Qualitätsstandards für die Offenen Ganztagschulen vor, dass nach Beratung im Schul- und Jugendhilfeausschuss am 06.03.08 direkt am 13.03.08 eine Entscheidung im Rat getroffen werden soll.

Der Hauptausschuss stimmt dem Vorschlag zu.

4 Bildung von kommunalpolitischen Kommissionen und Arbeitskreisen 021/2008

Dem Vorschlag des Herrn Flühöh, die Vorlage vorab im Ältestenrat zu besprechen, wird nicht gefolgt.

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes wird von Seiten der Verwaltung erläutert, dass aus Gründen der Rechtssicherheit ein auf die Gemeindeordnung abgestimmtes Verfahren eingeführt werden solle. In der Diskussion wird deutlich, dass eine Unterscheidung zwischen ständigen und auf bestimmte Maßnahmen begrenzte Arbeitskreise zu machen ist und z.B. die Arbeitskreise NKF oder Zielfindung keine auf Dauer angelegten Arbeitskreise seien und sich irgendwann auflösen würden. Über die Notwendigkeit der ständigen Einrichtungen solle nachgedacht und das Thema vor Ende der Ratsperiode bzw. zu Beginn der neuen wieder aufgegriffen werden.

**Beschluss:**

Die Bildung der in der Vorlage Nr. 021/2008 in Tabelle 1 aufgeführten und bereits tätigen kommunalpolitischen Kommissionen und Arbeitskreise wird formal beschlossen bzw. bestätigt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	16
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	

Aus den verschiedenen Redebeiträgen wird deutlich, dass Maßnahmen im Rahmen des Gesundheitsmanagements grundsätzlich als sinnvoll angesehen werden. Herr Dr. Steinrücke macht ebenfalls deutlich, dass eine Gesundheitsförderung aus Arbeitgebersicht im Hinblick auf eine Senkung des Krankheitsstandes durchaus Sinn mache und der Betriebsarzt das Projekt begleite.

**Beschluss:**

Vorbehaltlich der noch vom Rat zu treffenden Entscheidung über den Etat 2008 beschließt der Hauptausschuss die Übernahme der Kosten im Rahmen des Gesundheitsmanagements bei der Stadt Schwelm soweit diese nicht von den Krankenkassen übernommen werden.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	16
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	1

Herr Flühöh erläuterte den Standpunkt seiner Fraktion, den Betrieb des Hallenbades aufrecht zu erhalten und den des Freibades einzustellen. Er stellte die Risiken insbesondere hinsichtlich der Errichtung eines Ganzjahresbades im PPP-Modell dar.

Im Ergebnis wird eine Weiterführung des Projektes nicht befürwortet.

Frau Dr. Hortolani erläutert ihre Gründe, warum sie es für geboten hält im nächsten Schritt zu prüfen, ob PPP-Partner zur Verfügung stehen. Frau Gießwein stimmt zu, dass sie eine Beendigung der Studie zum jetzigen Zeitpunkt nicht für richtig halte.

Herr Stobbe befürwortet ebenfalls die Fortsetzung des eingeschlagenen Weges.

Bürgermeister Dr. Steinrücke legt seinen Standpunkt zu den einzelnen Varianten dar und findet es legitim, zum jetzigen Zeitpunkt auch die Entscheidung zu treffen, den Prozess abzubrechen. Nach seiner Meinung sollte auf die Diskussion mit Votum für das Hallenbad eingegangen werden.

Herr Siepman ist dafür, aus dem Projekt auszusteigen und erläutert die Risiken eines PPP-Modells an einem Beispiel auf der Insel Rügen.

Herr Sieker favorisiert die Schließung des Freibades und vertritt die Meinung, keine weiteren Gelder zu investieren. Die Öffentlichkeit sollte über die Studie informiert werden. Herr Stobbe hat grundsätzlich keine Einwände gegen eine Veröffentlichung, weist aber darauf hin, dass das Gutachten anonymisiert werden müsse.

Herr Voß stimmt grundsätzlich allen Wortbeiträgen zu und weist darauf hin, dass die Formulierung der Vorlage und des Beschlussvorschlags eine bestimmte Ausrichtung habe. Er persönlich habe sich zwar eine Meinung gebildet, sehe aber noch Gesprächs- und Aufklärungsbedarf auch unter Beteiligung der Beraterfirma. Er weist darauf hin, dass der Finanzierungsbedarf von 130.000 € für die weiteren Schritte nicht in einer Summe anfallen würden. Da die Diskussion über die Bäder bereits seit dem Jahre 2000 geführt werde, sollte nun eine Entscheidung getroffen

werden. In der folgenden Diskussion verbleibt die CDU Fraktion bei ihrem Standpunkt, keine weiteren Gelder mehr in das Projekt zu finanzieren, während Vertreter von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen bei gleichem Ziel, den Zuschussbedarf zu reduzieren, weitere Beratungen zu den genannten Variationen für notwendig halten, um die beste Lösung vielleicht mit einer Rettung des Freibades zu finden.

Herr Voß weist auf die Vorlage hin, dass ein Abbruch des Verfahrens nur ohne triftigen Grund zu einer möglichen Schadenersatzforderung führen könne.

In der abschließenden Diskussion halten SPD und Bündnis 90 / Die Grünen weiteren Beratungsbedarf mit den entscheidenden Zahlen für erforderlich um eine Entscheidung zu treffen. Herr Flühöh sieht keinen Beratungsbedarf mehr.

Herr Stark bittet um Vertagung, bis der Fragenkatalog seiner Fraktion zu diesem Thema beantwortet sei. Herr Dr. Steinrücke erläutert, dass manche Fragen zwar beantwortet werden könnten, manche aber auch nicht und manche einen erheblichen Verwaltungsaufwand bedeuten würden.

### **Beschluss:**

Zum Erhalt

- a) notwendiger Beratungszeit,
- b) der Option, sich zwischen Variante I, III und IV entscheiden zu können,
- c) der Möglichkeit, zur Aufrechterhaltung des Betriebes und der Verkehrssicherheit notwendige Arbeiten durchführen zu lassen, wird folgendes beschlossen:

1. Die Beratung der Vorlage wird zunächst im Hauptausschuss geführt mit dem Auftrag, gemeinsam mit der Verwaltung einen endgültigen Beschlussvorschlag vorzulegen.
2. In den Ergebnishaushalt 2008 wird zur Fortführung des PPP-Verfahrens eine weitere Rate in Höhe von 130.000 € aufgenommen mit dem Sperrvermerk zugunsten des Hauptausschusses, über die erst nach Entscheidung des Rates der Stadt in der Sache verfügt werden darf.
3. In den Finanzhaushalt werden für die Abarbeitung unterlassener Instandhaltung und zwingend notwendiger Maßnahmen beim Weiterbetrieb der Bäder insgesamt 34.000 € eingestellt, die nur mit Zustimmung des Hauptausschusses in Anspruch genommen werden dürfen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	8
	dagegen:	10
	Enthaltungen:	

Unterbrechung der Sitzung von 15:25 bis 15:40



**Beschlussvorschlag für den Rat:**

Der Rat ist damit einverstanden, dass mit folgenden investiven Maßnahmen und Instandhaltungen bereits vor der Beschlussentscheidung über den Etat 2008 begonnen wird:

A) Unterlassene Instandhaltungen

**A S B E S T**

Nordstadt - Asbestbeseitigung Stufe 1 -	127.758 €
Gymnasium - Asbestbeseitigung Stufe 1 -	25.350 €
HS Ost - Klassentüren/Asbestbeseitigung (Stand: 1.ÄL)	125.000 €
HS Ost - Entfernung Asbestzementplatten (Stand: 1.ÄL)	20.000 €

**D Ä C H E R**

Gymnasium - Dach (Flachdach Neubau)	126.200 €
-------------------------------------	-----------

**F E N S T E R**

Gymnasium - Fenster 1. BA Neubau	50.000 €
HS West - Fenster 2008 -	25.000 €

**S O N S T I G E S**

HS Ost - Blitzschutz (Innenanlage) -	8.000 €
HS Ost - Schaltschränke -	65.000 €
HS Ost - Duschanlagen (Stand: 1.ÄL)	35.000 €
Gymnasium – Duschanlagen (Stand: 1.ÄL)	13.500 €

B) Investive Gebäudemaßnahmen

**V G I**

Sicherung IT- Bereich -	140.000 €
GS Westfalendamm - Brandschutz -	36.900 €
Turnhalle West – Brandschutz -	37.100 €
HS West - Brandschutz -	41.500 €
Märkisches Gymnasium - Brandschutz -	174.800 €
D.-B.-Realschule - Fenster 1. BA -	147.000 €
D.-B.-Realschule - Blitzschutz (Stand: 1.ÄL)	5.000 €
GS Möllenkotten - Blitzschutz (Stand: 1.ÄL)	5.000 €

C) Instandhaltungsmaßnahmen

HS Ost - Außentüren -	34.000 €
HS Ost - Isolierung der Rohre im Heizungskeller (Stand: 1.ÄL)	16.200 €
HS Ost – Einbau einer Druckhaltestation (Stand: 1.ÄL)	15.400 €
Gymnasium - Isolierung der Rohre im Heizungskeller (Stand: 1.ÄL)	13.300 €
Realschule - Isolierung der Rohre im Heizungskeller (Stand: 1.ÄL)	13.000 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X  
 dafür  
 dagegen:  
 Enthaltungen:

8 Antrag der SWG-Fraktion "Erstellen von Kostenstellen im 129/2007  
 Rahmen der Produktpläne"

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die unter Ziffer 1 und 3 geforderten Informationen im Rahmen der aufzubauenden Kosten- und Leistungsrechnung zukünftig bereitgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X  
 dafür  
 dagegen:  
 Enthaltungen: 8

9 Mündlicher Finanzbericht

Herr Voß berichtet über den Abschluss 2007 und nennt die wesentlichen Änderungen. Der Fehlbetrag in der Jahresrechnung wird rd. 3,5 Mio € geringer ausfallen als geplant. Wesentliche Ursachen sind Mehreinnahmen bei der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer sowie Verbesserungen auf der Ausgabenseite bei den Gewerbesteuerumlagen und den Personalkosten.

10 Antrag der SWG - Fraktion zum Haushalt 2008 vom 040/2008  
 26.02.2008

Herr Sieker erläutert den Antrag der SWG.

Herr Philipp erwidert zu 1., dass er davon ausgehe, dass die Verwaltung Gutachten nur vergebe, wenn sie erforderlich seien, zu 2., dass solche Informationen im nicht öffentlichen Teil des Hauptausschusses und nicht im Ältestenrat beraten würden und

der Punkt 3 ihm unverständlich sei.

Herr Dr. Steinrücke bestätigt die Aussagen des Herrn Philipp.

Herr Voß führt weiter aus, dass innerhalb der Verwaltung Beraterleistungen zum Beispiel bei der Einführung neuer Software notwendig seien und wer entscheiden solle, welche Gründe zwingend seien. Außerdem seien die Gelder für Gutachterleistungen durch Budgetbeschluss des Rates freigegeben. Dieser Punkt müsse konkretisiert werden.

Herr Sieker zieht den Antrag zurück und wird in der Ratsitzung darauf zurück kommen.

Unterbrechung der Sitzung von 16:10 bis 16:15

- 11 Beratung der Entwürfe der Haushaltssatzung 2008 sowie 033/2008 des Haushaltsplanes einschließlich 1. Änderungsliste

Herr Voß verweist zunächst auf die zwei Änderungslisten.

Hervorzuheben sind folgende Punkte:

In der 1. Änderungsliste wurde bei den Personalkosten eine Tarifierhöhung in Höhe von 300.000 € eingerechnet.

In der 2. Änderungsliste ist eine Verschlechterung im allgemeinen und besonderen Rettungsdienst dargestellt, die sich aus aktualisierten Zahlen der Abrechnung mit dem Kreis ergibt.

Zudem wurde ein Teil Schulpauschale mit rd. 200.000 € in den Finanzplan umgeschichtet, um hier auf Grund der Neuveranschlagung nicht gebildeter Haushaltsreste einen Ansatz für Kredite im Rahmen der Nettoneuverschuldung „0“ zu erreichen.

Die 2. Änderungsliste schließt im Ergebnisplan mit einem Fehlbedarf von rd. 7,8 Mio. € ab.

Zu den Änderungslisten besteht kein Beratungsbedarf.

Zum Haushaltsplan:

Produkt 01.01.02 – Verwaltungsleitung - :

Herr Gießwein (Grüne – Fraktion) führt an, dass zum Energiemanagement keine Ziele und Kennzahlen definiert sind.

Herr Dr. Steinrücke erklärt, dass hier noch Ziele definiert werden müssen.

Produkt 01.01.07 – Zentraler Service-:

Hier möchte Herr Gießwein weitere Zahlen zum Papier- und Tonerverbrauch dargestellt haben.

Herr Voß regt an, in den Etatberatungen vor den Sommerferien weitere grundsätzliche Vorgaben zu den Produkten von politischer Seite anzusprechen, um diese prüfen und ggf. in den Etatentwurf 2009 einarbeiten zu können.

Produkt 01.01.13 – Zentrales Gebäudemangement-:

Hier möchte Herr Gießwein Aussagen zur Energieeffizienz dargestellt haben.  
Herr Dr. Steinrücke erklärt, dass dies als Ziel aufgenommen werden soll.

Produkt 02.01.01 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung-:

Herr Gießwein fragt nach, was unter der Durchführung präventiver und repressiver Maßnahmen zu verstehen sei.

Herr Dr. Steinrücke sagt eine Stellungnahme der Verwaltung zu.

Produkt 02.01.03– Verkehrsangelegenheiten-:

Hier regt Herr Gießwein an, Unfallzahlen aufzunehmen.

Herr Dr. Steinrücke erklärt, dass hierzu die Auswertungen von Daten der Kreispolizeibehörde erfolgen müsste. Er regt an, als Ziel eine Senkung der Unfallzahlen zu definieren.

Produkt 02.01.05– Bürgerservice-:

Es erfolgt eine redaktionelle Anpassung der Produktbeschreibung:

„Versorgungsamt des Ennepe – Ruhr- Kreises“ statt „Versorgungsamt Dortmund“.

Produkt 15.01.01. - Wirtschaftsförderung-:

Im Etatentwurf sind im Ansatz der Haushaltsstelle 15.01.01.531700 – Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke an privaten Unternehmen - ( 88.000 € ) insgesamt 1000 € als Zuschuss an die Werbegemeinschaft enthalten.

Nach Diskussion wird über folgenden Beschlussvorschlag abgestimmt:

Der Zuschuss an die Werbegemeinschaft in Höhe von 1000 € wird in 2008 weiterhin im Etat ausgewiesen.

In den Etatentwurf 2009 wird der Zuschuss nicht mehr aufgenommen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	10
	dagegen:	6
	Enthaltungen:	2

Damit mehrheitlich beschlossen.

Protokollnotiz:

Es wird ein Sperrvermerk zu Gunsten des Hauptausschusses eingerichtet.

Stellenübersicht Teil B – Seite 462-:

Dienstkräfte in der Probe- und Ausbildungszeit:

Herr Dresen (SPD – Fraktion) möchte wissen, welche Nachwuchskräfte für 2008 im Bereich Stadtinspektor/in- Anwärter vorgehen sind.

Frau Kaltenbach erklärt, dass vorgesehen ist, eine Stelle mit einem Berufssoldaten und eine Stelle mit einem Abiturienten zu besetzen.

Abschließend erläutert Herr Voß, dass ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) erstellt werden muss. Damit dieses genehmigungsfähig ist, muss der Haushaltsausgleich spätestens 2013 erreicht sein.

Zunächst wird für die Verabschiedung des Etats 2008 in der Ratssitzung am 13.03. in die Haushaltssatzung unter § 7 zum HSK die Formulierung aufgenommen: „ wird nachgereicht“.

Das HSK soll dann im Wege eines Nachtrages (Änderung des § 7 der Haushaltssatzung) im Hauptausschuss am 17.04. eingebracht und im Rat am 29.04. verabschiedet werden.

- 12 Beratung der Entwürfe der Haushaltssatzung sowie des Haushaltsplanes 2008 einschließlich Änderungslisten 033/2008/1

Die Ergänzungsvorlage wurde zusammen mit TOP 11 beraten.

- 13 Antrag der B'90/Die Grünen Schwelm zur Erstellung eines Spielflächenbedarfsplanes 032/2008

### **Beschluss:**

Der Hauptausschuss beschließt nach Beratung über den Antrag der B'90/Die Grünen-Fraktion Schwelm vom 31.1.2008 zur Erstellung eines Spielflächenbedarfsplanes.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

- 14 Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Schwelm 008/2008

### **Beschlussvorschlag für den Rat:**

1. Der Rat der Stadt Schwelm beschließt die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes für die Stadt Schwelm gem. § 2 Abs. 1 BauGB in der z.Z. gültigen Fassung.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs.1 BauGB in Form einer Informationsveranstaltung (im Rahmen des 2. Bürgerforums zum Stadtentwicklungskonzept am 02.04.2008) und einer öffentlichen Auslegung in der Zeit vom 25.03.2008 bis zum einschließlich 11.04.2008 durchzuführen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs.1 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:      einstimmig:                      X  
    dafür  
    dagegen:  
    Enthaltungen:

15            Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zur 4.                      018/2008  
                  Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11  
                  "Westfalendamm"

**Beschlussvorschlag:**

Der Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 11 „Westfalendamm“ des Rates der Stadt Schwelm vom 25.10.2007 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:      einstimmig:                      X  
    dafür  
    dagegen:  
    Enthaltungen:

16            Bebauungsplan Nr 79 "Zamenhofweg"                                      019/2008  
                  - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1  
                  Baugesetzbuch (BauGB)  
                  - Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der  
                  Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB  
                  - Beschluss über die frühzeitige Beteiligung der  
                  Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange  
                  gemäß § 4 Abs.1 BauGB

Herr Dreesen übernimmt wegen der Befangenheit Dr. Steinrückes den Vorsitz der Sitzung für die Dauer der Bearbeitung und Abstimmung.

## Beschluss:

1. Gemäß §2 (1) BauGB in Verbindung mit §13a BauGB vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der derzeit gültigen Fassung wird die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 79 „Zamenhofweg“ im beschleunigten Verfahren beschlossen. Von der Umweltprüfung nach §2 (5) BauGB, vom Umweltbericht nach §21 BauGB, der Angabe nach §3 (2) S. 2 BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gemäß §10 (4) BauGB wird abgesehen; §4c BauGB (Monitoring) ist nicht anzuwenden.  
Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke Gemarkung Schwelm, Flur 21, Flurstücke 387 (tlw.), 511 (tlw.), 545, 546, 547 und 596 (tlw). Die genauen Grenzen des Plangebiets setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 (7) BauGB).
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beiliegenden Vorentwurfs und der dazugehörigen Entwurfsbegründung die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß §3 (1) BauGB durchzuführen. Der Vorentwurf und die dazugehörige Entwurfsbegründung sind für die Dauer von zwei Wochen im Verwaltungsgebäude II, Moltkestraße 24, Fachbereich 5 Planung / Bauordnung, 1. Etage, öffentlich auszulegen. Der Öffentlichkeit ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beiliegenden Vorentwurfs und der dazugehörigen Entwurfsbegründung die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X  
dafür  
dagegen:  
Enthaltungen: 2

Befangen: Herr Dr. Steinrücke

Unterschriften zu den Seiten 1 bis ... der Sitzungsniederschrift .... vom heutigen Tage.

Schwelm, den 12.03.08	Schritfführer/in gez.	Der Bürgermeister gez.
	(Heringhaus) (Mollenkott)	Dr. Jürgen Steinrücke